

Antrag

der Fraktion der SPD

Unterrichtung des Deutschen Bundestages über SDI-Vereinbarungen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag den Text der beiden zwischen ihr und der Regierung der Vereinigten Staaten unterzeichneten Vereinbarungen über eine Beteiligung der deutschen Industrie am amerikanischen SDI-Programm sowie über den Technologietransfer zwischen beiden Ländern im Wortlaut vorzulegen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf, ihm über ihr Verhalten in dieser Sache und über die innerhalb der Regierung andauernden Meinungsgegensätze Rede und Antwort zu stehen und zu diesem Zweck eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abzugeben. Dies sollte wegen der großen politischen Bedeutung des Vorgangs am 17. oder 18. April 1986 geschehen.

Bonn, den 8. April 1986

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Umstände und Art einer deutschen Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm sind von höchster außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Brisanz.

Eine Verwirklichung von SDI würde die vereinbarte Strategie der NATO grundlegend ändern, die Ost/West-Beziehungen nachhaltig beeinflussen, dem ABM-Vertrag zuwiderlaufen und die Aussichten auf konkrete Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen auf absehbare Zeit zunichte machen. Daß eine SDI-Zusammenarbeit deutschen und europäischen Wirtschaftsinteressen dient, ist nicht erkennbar. Sie unterstellt die beteiligte Industrie den verschärften amerikanischen Bestimmungen über Geheimhaltung, Export und Wirtschaftstransfer und beschränkt auf diese Weise die Möglichkeit der zivilen Nutzung wichtiger Bereiche der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung.

Vereinbarungen zu SDI, deren Wortlaut vor der deutschen Öffentlichkeit geheimgehalten wird, müssen als politische Unterstützung eines selbst in den USA höchst umstrittenen Programms angesehen werden. Sie stärken die Position derjenigen in der amerikanischen Administration, die durch forcierte SDI-Forschung die Weichen für eine neue, gigantische Drehung der Rüstungsspirale stellen wollen.

Eine derart weitreichende Politik darf nicht in der Art der Geheimdiplomatie des letzten Jahrhunderts an dem durch das Grundgesetz zur Kontrolle der Bundesregierung berufenen Parlament vorbei betrieben werden. Der Deutsche Bundestag kann auch nicht akzeptieren, daß Einsicht in die Vereinbarungen zwar der beteiligten Industrie, nicht jedoch den gewählten Abgeordneten gewährt werden soll.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, dem Deutschen Bundestag umfassend und im Wortlaut über die mit den USA getroffenen Vereinbarungen zu unterrichten und sich in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ausführlich über die Gründe ihres Handelns zu äußern.

In Anbetracht der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland und der fortdauernden Streitigkeiten innerhalb der Koalition ist die Debatte über die Unterzeichnung der Vereinbarungen auch von besonderer Dringlichkeit. Sie sollte daher so schnell wie möglich, vorzugsweise bereits bei der nächsten Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. und 18. April 1986 stattfinden.